

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Verlagspreis: Rmt. Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Warum keine Höchstlöhne? -- Unser Verband am Schlusse des 43. Kriegsmonats. -- Die Breslauer Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen. -- Keine Neuorientierung der Stadtverwaltung in Düsseldorf. -- Der Magistrat in Landeshut als Arbeitgeber. -- Aus unserer Bewegung. -- Rundschau. -- Eingegangene Schriften. -- Feuilleton: Was ist Bevölkerungspolitik?

## Warum keine Höchstlöhne?

Die landwirtschaftlichen und alldeutschen Blätter, allen voran die „Deutsche Tageszeitung“, haben bisher die Schuld an den unerhörten Preistreibern auf dem Lebensmittelmarkt den Arbeitern in die Schuhe geschoben. Die „hohen Löhne“ der Munitionsarbeiter sollen nämlich Schuld sein, daß die Preise so rapid in die Höhe gehen. Es wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß bei Kriegsbeginn schon unerhörte Preistreibern einsetzten, als man von „hohen Löhnen“ noch gar nicht reden konnte, im Gegenteil: als die Löhne herabgesetzt wurden. Es wurde ferner nachgewiesen, daß die Lohnsteigerungen notwendigerweise wegen der hohen Preise erfolgen mußten, und daß selbst die Arbeitgeber bei der Gewährung von Teuerungszulagen als Grund angaben, „den Arbeitern das Durchhalten in dieser jäheren Zeit zu ermöglichen“. Das Wort „Teuerungszulagen“ besagt doch schon, daß die Lohnzulagen erfolgten, um sich die teureren Produkte kaufen zu können.

Nach wieviel ein früherer Generaldirektor eines großen oberdeutschen Werkes in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 2. März die Frage auf: „Wo liegt die eigentliche Ursache der Zunahme des Schleichhandels und der Schwierigkeiten der gerechteren Verteilung der Lebensmittel?“ und er antwortet prompt: „Sie liegt daran, daß Höchstpreise für Arbeitslöhne nicht festgesetzt wurden!“ Also sind die bösen Arbeiter nicht nur an der Teuerung schuld, sondern auch am Lebensmangel und an der mangelhaften Verteilung u. a.! Die Arbeitslöhne steigen ins Ungemessene. Die Höchstpreise für die Produkte kommen nur langsam nach. Das sagt ein Generaldirektor zu behaupten, der 3½ Jahre nicht auf dem Monde, sondern auf der Erde gelebt haben will. Er mußte sich einmal die kleine Prozedüre anteaen „Lebenshaltung im Arme“, die kürzlich vom Kriegsanzug für Konsuminteressen den Reichsbehörden, sowie den bundesstaatlichen Regierungen überreicht worden ist. Dort sind auf wenigen Seiten die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Gewandstoffe, verglichen mit dem Einkommen der Arbeiter, Beamten und Privatangestellten aufgeführt. Er hätte auch die Zerdeberlage zum „Reichsarbeitsblatt“ lesen können, in der über die Ausgaben einer Anzahl Familien Erhebungen veröffentlicht wurden. In der Prozedüre sind die Klein-

handelspreise aus 51 preussischen Städten im September 1917 im Vergleich zum September 1913 angegeben, und zwar auf Grund der „Statistischen Korrespondenz“ des Stat. Preuss. Statist. Landesamts in Berlin. Wir finden Preissteigerungen bei Erbsen um 165 Proz., Bohnen 125 Proz., Linsen 229 Proz., Kartoffeln 188 Proz., Butter 110 Proz., Schweinefleisch 181 Prozent, Backobst 221 Proz., Milch 79 Proz., Eier 301 Proz., Rohfleisch 253 Proz., wenn auch einzelne andere Lebensmittel nur um 20 bis 50 Proz. gestiegen sind. Dafür sind aber im Jahresdurchschnitt Kartoffeln in verschiedenen Städten verschieden gestiegen. So in Berlin um 211 Proz., Hildesheim 200 Proz., Maaßen 180 Proz., Brandenburg sogar um 300 Proz. Und Fleisch? Nach den Veröffentlichungen des Kaiserl. Statist. Amtes sind die Preise im Kleinhandel bei Rindfleisch in den verschiedenen Städten zwischen 86 und 207 Proz. und bei Schweinefleisch zwischen 51 und 161 Proz. gestiegen. Die höchsten Preise stiegen bis zu 237 Proz. Die Preise für Herren- und Damenstoffe, Knöpfe, Kurzwaren, Strümpfe, Wäsche, Haushaltsgegenstände braucht man gar nicht anzuführen. Ein Stückchen Seife, das man früher mit 2 Pf. kaufte, kostet heute 3,75 Mk., ein Schenertuch statt 35 Pf. 2,50 Mk., ein Topf statt 1 Mk. 1 Mk. Die Schuhe sind demnach im Preise gestiegen, daß man es in Prozenten fast nicht mehr ausdrücken kann. Die Höchstpreise sind dabei überall zu Mindestpreisen geworden.

Wie steht es denn mit den Löhnen? Zu Beginn des Krieges gingen sie zurück. Das Kaiserl. Statistische Amt hat festgestellt, daß für die männlichen Arbeiter vom März bis September 1914 ein Aufschlag von 5,17 Mk. auf 5,12 Mk. zu verzeichnen ist. 1915 erst zogen langsam die Löhne an, weil die Preise rapid gestiegen waren. Bei Verhandlungen über abgelassene Tarifverträge gab man zunächst 5 bis 15 Proz. Teuerungszulage. Weil die Preise weiterstiegen, mußten naturgemäß höhere Zulagen erfolgen. Das Kaiserl. Statistische Amt stellt von März 1914 bis September 1916 eine Lohnsteigerung von 46 Proz. fest. Die Löhne schwanken aber nach den einzelnen Berufsgruppen sehr. Am ungünstigsten liegen naturgemäß die Verhältnisse in den nicht als Nahrungsmittelindustrie im engeren Sinne anzusprechenden Berufsgruppen: Tabakindustrie, Textilindustrie, Schneidergewerbe, Ledergewerbe, und dergleichen u. a. mehr. In diesen Gewerben ist gegen 1914 und 1918 nur eine Lohnerböhung bzw. Teuerungszulage von 10 bis 50 Proz. festzustellen. Man männliche Angestellte haben heute noch Löhne von 150 bis 250 Mk. monatlich. Die Teuerungszulagen für die Beamten im Reich und in den Einzelstaaten bewegen sich auch in recht bescheidenen Grenzen, für Unverheiratete bis 18 Proz., für Verheiratete bis 31 Proz., bei entsprechender Minderzahl entsprechend mehr.

An der Hand dieser wenigen Zahlen läßt sich feststellen, daß kaum ein Lebensmittel gegenüber dem Friedenspreise unter 100 Proz. Aufschlag, vielfach aber bis 200 Proz. und

darüber zu haben ist. Nimmt man die Steigerungen für Mische, Wohnungen, Heizung usw. hinzu und stellt daneben die ermittelten Lohnerhöhungen, dann muß jeder objektiv Urteilende zugeben, daß die Lohnsteigerungen der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände langsam gefolgt sind und heute noch weit hinter den Anforderungen zurückbleiben.

Die Ursache des Schleichhandels und der mangelhaften Verteilung der Lebensmittel ist nach Ansicht des Herrn Generaldirektors auf die uns ungemessene gestiegenen Arbeitslöhne zurückzuführen.

Wir wollen uns nicht in Auseinandersetzungen darüber einlassen, wer den Schleichhandel veranlaßt hat, wo man sich am meisten „durchschleichhandelt“ und wo die höchsten Preise bezahlt werden. Die „Deutsche Tagesztg.“ wird ja auch die Unterschiede zwischen den Preisen, die in Berlin WW und in Arbeiterdörfern gezahlt werden, kennen, und sie wird auch den Unterschied in den Qualitäten kennen, die nach den Arbeiterkassetten 1/2 Pfundweise und nach Berlin WW im Auto oder gar im Lastwagen gebracht werden. Und dann noch einen Unterschied. Die „Deutsche Tagesztg.“ hat vielleicht Verständnis für folgendes: Ein Arbeiter beschafft sich 1/2 Pfund Fett im Schleichhandel, ein Pfund von dem berühmten Mädeleral zu 12 Mk. oder Zedek zu 15 Mk., um bei der anstrengenden Tätigkeit in der Munitionindustrie seine Kräfte aufrechterhalten zu können und Sonntags, Werktag, Tag und Nacht vor glühendem Feuer, vor raschelnden Mäschinen, in Gift geschwängerten Räumen oder tief unten in der Erde zu schaffen und zu wirken. Ein Kriegsgewinnler dagegen beschafft sich dasselbe nur in größeren Quantitäten, um bei der Mäschine Wein oder Zedek oder bei ähnlichen Gelegenheiten „besser durchhalten“ zu können.

Die Arbeiterchaft hat gegen Höchstpreise grundsätzlich nichts einzuwenden, dann muß es aber auch wirkliche Höchstpreise geben, und zwar erklärende Höchstpreise, und nicht nur das, sondern auch Produkte zum Höchstpreis. Die Landwirtschaft verlangt immer höhere Preise, und dem Verlangen wurde größtenteils nachgegeben. Auch für die neue Ernte sind wieder höhere Preise verlangt worden. Und sie werden auch gewährt, um die Produktion „anzureizen“. Die Konsequenz von Höchstlöhnen wären nicht nur Höchstpreise, sondern auch Höchstgewinne. Ob sich der frühere Generaldirektor des großen ober-schlesischen Werkes, der gewiß heute noch an dem Gewinn partizipiert, diese Folgen klargemacht hat? Oder hat er sich nicht gedacht, die Dividenden von 100 und mehr Prozent, abgesehen von den Gratifikationen und Abschreibungen bis auf 1 Mk., könnten so weiter gehen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte könnten weiter steigen, dergleichen die Preise der Bedarfsgegenstände, für Rieten usw., und gegenüber den Arbeitern könnte man verordnen, „daß neue Lohnforderungen der Arbeiter von heute ab nicht mehr gestellt werden dürfen“.

Man hat zwar heute schon den Arbeitszwang auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingeführt, der doch hauptsächlich für die Arbeiter gilt, man soll nun auch noch ein Gesetz machen, daß keine Lohnforderungen mehr gestellt werden dürfen.

Ansichs der ungeheuren Kosten weiterer Arbeiterfreie fällt es schwer, gegenüber solchen trivialen Provokationen parlamentarisch zu bleiben. Höhere Stellen, die noch ganz wesentlich schlechter dastehen als die Munitionsarbeiter, werden es verständlich finden, daß wenigstens bei den Kriegsgewinnen der Munitionsindustrie die Arbeiter nicht ganz so unbillig dastehen, wie z. B. in den meisten städtischen Betrieben. Aber auch hier hat nur die Einigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation geholfen!

## Unser Verband am Schlusse des 43. Kriegsmonats.

Nach dem Stande vom 1. März 1918.

Wieder hat unser Verband im Laufe eines Monats um nahezu tausend Mitglieder zugenommen. Das 31. Tausend ist damit überschritten, und die erste Nummer in die Hände unserer Mitglieder gelangt, dürfte auch der 35. Tausend voll sein. Ein schöner Erfolg, der uns zu ruhiger Weiterarbeit anregen muß. Am 1. Dezember zählten wir 33.641 Mitglieder, am 1. März sind es 34.600, also ein Zuwachs von 959. An männlichen Mitgliedern haben wir nun 26.720, das sind 131 mehr, weibliche sind es 7.880 oder 365 mehr als im vorigen Monat. 1216 Neuanmeldungen für Januar sich a 1102 im Dezember zehnten. Auch bei Neuen überwiegen die weiblichen Neuanmeldungen mit 788, männliche sind es 611. Der 1. Teil der Anzahl der Venedi zeichnen ist am 27. abgelaufen, die der zweite am 30.8. jurada-gewonnen. Gültig heuten wir im Vormonat mit 21.591 gegen 21.107 im diesem Monat ein. Minderzahl ist wir beim Januarabschluss 19.500. Der Dezember zeigt mit 10.258, also 108 weniger. Höhe mit Neere freuden ist stollener haben am 31. zugenommen. Der 28881 nach der vorigen Aufnahme haben jetzt 28.988 gewonnen. Auch die Zahl unserer Toten hat am 31. zugenommen. 2171 Stollener sind von und unserer Nachkommen. Anzweites waren 58 Mitglieder.

Die Ausgaben für Unterhaltungsgänge wurde werden Dezember 24.171,91 Mk. auf. Es ist ein kleiner Aufgang gegen den Januar, der für den gleichen Monat 27.022,10 Mk. erfordert hatte 250,16 Mk. mehr. Zahlungen an die Geschmiedung noch recht bedeutend. Die a-besolden Kollegen erhalten 376,95 Mk., also 32.190 Mk. weniger als im vorigen Abschluss mit 701,25 Mk. Für Monatsunterstützung wurden ausgegeben 17.060,19 Mk. Für Beurlaubungen waren es 17.112,00 Mk., 282,11 Mk. mehr. Auch für Einzelunterstützung, die im Vormonat 87.325,00 Mk. erforderlich waren jetzt 90.115,00 Mk. oder 2.998 Mk. weniger notwendig. Ausgaben für Straß- oder Gehweg-Unterstützung fallen zugenommen. Der Januar erforderte 145,76 Mk. dafür.

Es gilt nun dafür zu sorgen, daß auch im nächsten Monat, wo die Kriegsgeldzahlung in starkem Maße, der gleiche Fortschritt in der Mitgliederzunahme antritt.

Die folgende Übersicht zeigt das Wachstum unseres Verbandes für Februar.

| Aufnahmetag     | Personen im Bestand am Ende des Monats | Neu aufgenommene | Weggefallene | Veränderung | Abnahme | Zunahme |
|-----------------|--|------------------|--------------|-------------|---------|---------|
| 15. August 1914 | 54522                                  | 11952            | —            | 1919        | 8517    | 18901   |
| 30. September   | 54522                                  | 37174            | —            | 2779        | 11508   | 22117   |
| 31. Dezember    | 54522                                  | 31850            | —            | 3660        | 12191   | 21079   |
| 31. März 1915   | 54522                                  | 31831            | —            | 3395        | 14796   | 27893   |
| 30. Juni        | 54522                                  | 29207            | —            | 3345        | 16793   | 32677   |
| 30. September   | 54522                                  | 27844            | —            | 2631        | 18167   | 36390   |
| 31. Dezember    | 54522                                  | 26695            | 477          | 2513        | 19291   | 37759   |
| 31. März 1916   | 54522                                  | 26690            | 627          | 3985        | 19662   | 37711   |
| 30. Juni        | 54522                                  | 27013            | 703          | 1116        | 20698   | 38144   |
| 30. September   | 54522                                  | 26190            | 555          | 1925        | 20845   | 40151   |
| 31. Dezember    | 54522                                  | 25586            | 381          | 615         | 21500   | 41513   |
| 31. Januar 1917 | 54522                                  | 25155            | 577          | 383         | 21436   | 43399   |
| 28. Februar     | 54522                                  | 26004            | 1096         | 1663        | 21714   | 42123   |
| 31. März        | 54522                                  | 26380            | 1381         | 723         | 21847   | 42228   |
| 30. April       | 54522                                  | 26692            | 962          | 1179        | 21692   | 41632   |
| 31. Mai         | 54522                                  | 27748            | 1482         | 1946        | 21560   | 41896   |
| 30. Juni        | 54522                                  | 27198            | 1144         | 1872        | 21436   | 42099   |
| 31. Juli        | 54522                                  | 28092            | 855          | 2101        | 21662   | 41692   |
| 31. August      | 54522                                  | 29165            | 1649         | 3663        | 21196   | 41395   |
| 30. September   | 54522                                  | 30119            | 1699         | 4573        | 21573   | 40801   |
| 30. Oktober     | 54522                                  | 31110            | 1592         | 5651        | 21173   | 39184   |
| 31. November    | 54522                                  | 32705            | 1608         | 7159        | 21235   | 40317   |
| 31. Dezember    | 54522                                  | 32625            | 1290         | 7392        | 21320   | 40543   |
| 31. Januar 1918 | 54522                                  | 33631            | 1216         | 7968        | 21591   | 40566   |
| 28. Februar     | 54522                                  | 34600            | 1402         | 9016        | 21467   | 40258   |

Stand unserer Organisation am 1. März 1918.

| Ort | Gau              | Mitgliedezahl am |                   | Neu-<br>auf-<br>nahmen | Mitglieder   |              | Angehörige<br>des<br>Gewerkschafts |              | Von 1. bis 2. Februar 1918 auf Kosten der Gewerkschaft<br>ausgegebene Unternehmungen |              |                         |  | Gesamt-<br>summe                         |  |  |    |
|-----|------------------|------------------|-------------------|------------------------|--------------|--------------|------------------------------------|--------------|--|--------------|-------------------------|--|--|--|--|----|
|     |                  | 1. Okt.<br>1914  | 28. Febr.<br>1918 |                        | Zu-<br>nahme | Ab-<br>nahme | Kranen                             | Aus-<br>bei- | an<br>Arbeits-<br>Lohn   | an<br>Stühle | in<br>Esterbe-<br>läden | an<br>Zu-<br>sammen-<br>arbeiten<br>Lohn | an<br>Zu-<br>sammen-<br>arbeiten<br>Lohn | an<br>Zu-<br>sammen-<br>arbeiten<br>Lohn | an<br>Zu-<br>sammen-<br>arbeiten<br>Lohn |    |
| 1   | Berlin           | 9619             | 6058              | 208                    | 3239         | —            | 4627                               | 8285         | 29   | 25           | 3065                    | 75                                       | 1055                                     | —  | 4150                                     | —  |
| 2   | Brandenburg      | 1022             | 564               | 8                      | 35           | —            | 352                                | 678          | 3  | —            | 262                     | 50                                       | 180                                      | —  | 395                                      | 50 |
| 3   | Bremen           | 2670             | 1357              | 88                     | 17           | —            | 898                                | 1667         | —  | —            | 628                     | 25                                       | 30                                       | —  | 658                                      | 25 |
| 4   | Breslau          | 1360             | 2347              | 232                    | 2104         | —            | 776                                | 1635         | 94   | 40           | 729                     | 40                                       | 120                                      | —  | 933                                      | 80 |
| 5   | Dresden          | 894              | 1887              | 77                     | 114          | —            | 1271                               | 2075         | 14   | —            | 1326                    | 95                                       | 982                                      | —  | 1726                                     | 95 |
| 6   | Erfurt           | 2450             | 1506              | 79                     | 315          | —            | 710                                | 963          | —  | —            | 526                     | 89                                       | 150                                      | —  | 676                                      | 89 |
| 7   | Frankfurt M.     | 8109             | 2523              | 197                    | 1229         | —            | 1454                               | 3049         | —  | —            | 1022                    | 50                                       | 770                                      | —  | 2262                                     | 50 |
| 8   | Hamburg          | 7075             | 3347              | 70                     | 985          | —            | 2847                               | 4915         | 90   | 50           | 211                     | —  | 540                                      | —  | 1141                                     | 50 |
| 9   | Hannover         | 1171             | 806               | 82                     | 204          | —            | 488                                | 1047         | 7  | —            | 273                     | 50                                       | 250                                      | —  | 530                                      | 50 |
| 10  | Königsberg       | 1102             | 552               | 17                     | 69           | —            | 643                                | 1319         | —  | —            | 177                     | —  | —  | —  | 377                                      | —  |
| 11  | Leipzig          | 3172             | 1514              | 39                     | —            | 228          | 1223                               | 2362         | 37   | 50           | 1004                    | 75                                       | 357                                      | 50                                       | 1399                                     | 75 |
| 12  | Münch.           | 1596             | 1451              | 60                     | 689          | —            | 617                                | 1254         | 31   | 25           | 606                     | 25                                       | 415                                      | —  | 1112                                     | 50 |
| 13  | Magdeburg        | 1499             | 928               | 13                     | 47           | —            | 457                                | 715          | 43   | 50           | 441                     | 50                                       | 150                                      | —  | 695                                      | —  |
| 14  | Mannheim         | 3320             | 1821              | 57                     | 62           | —            | 1315                               | 2217         | 6  | 25           | 1190                    | 50                                       | 410                                      | —  | 1606                                     | 75 |
| 15  | München          | 4154             | 3536              | 109                    | 798          | —            | 1090                               | 2612         | 6  | —            | 1872                    | —  | 610                                      | —  | 2488                                     | —  |
| 16  | Nürnberg         | 2618             | 1445              | 28                     | 5            | —            | 988                                | 2059         | 20   | —            | 1113                    | 25                                       | 125                                      | —  | 1258                                     | 25 |
| 17  | Straßburg E.     | 1909             | 658               | 11                     | —            | 462          | 707                                | 1547         | —  | —            | 348                     | —  | 150                                      | —  | 498                                      | —  |
| 18  | Stuttgart        | 2908             | 1616              | 26                     | —            | 117          | 911                                | 1822         | —  | —            | 1576                    | 50                                       | 680                                      | —  | 2266                                     | 50 |
| 19  | Einzelmitglieder | 312              | 80                | 3                      | —            | 89           | 95                                 | 57           | —  | —            | 24                      | —  | —  | —  | 24                                       | —  |
|     |                  | 54522            | 34600             | 1402                   | 9016         |              | 21467                              | 40258        | 376  | 65           | 17160                   | 49                                       | 6634                                     | 50                                       | 24171                                    | 64 |

Die Breslauer Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen.

Der letzten letzten Verträge meines Verbandes eine Aus-  
scheidung mit dem Überwachungsamt des Reiches, an der auch der  
Personenstandesamt beteiligt ist. Das ist der Fall. Dabei drückte  
der Magistrat u. a. die Entschlossenheit aus, daß die Arbeiter  
zur Vertretung ihrer Interessen so wenig die Arbeiterausschüsse  
erhalten. Die Antwort darauf findet man zum Teil, wenn man  
fragen würde, warum hat der Preussische Landtag nicht dieselbe  
Ansehen wie der Reichstag. Weil er auf Grund eines Wahlrechts  
zusammengesetzt wird, auf dessen Zusammenfassung das  
Wahl nur einen geringen Einfluß hat.

Das Wahlrecht zum Preussischen Landtag ist aber noch ein  
weiteres Merkmal für die Wahl. Die Wahl der  
Arbeiterausschüsse für die Stadt. Jeder Arbeiter des  
so gefast, daß er verstanden soll, aus den Ausschüssen  
Arbeitervertretungen der Arbeiter entstehen zu lassen. Der  
Wahlende muß ein Jahr und der in Wählende fünf Jahre in einem  
Jahre. Welche befähigt sein. Letzterer muß auch 19 Jahre alt  
sein. Bei der Wahl der Arbeiterausschüsse vertreten  
in Form. Jede mit jeder Partei, sondern jeder einzelne  
Arbeitergruppe muß einen Vertreter aus ihrer Mitte nehmen.  
In jeder Gruppe haben die Arbeiter die Auswahl von ein bis  
zwei Personen, von denen sie einmal wissen, daß keine davon für  
ihre Aufgaben befähigt ist, aber sie müssen sie wählen nach dem  
Grundsatz: früh Vogel oder früh. Die Namen der in Wählenden  
zum jeder Wähler auf das ihm von der Verwaltung ausgesandte  
Stimmzettelformular selbst aufschreiben, andere Stimmzettel wer-  
den nicht zugelassen. Nach Abstimmung des Stimmzettels richtet  
sich der Vorstand an den Magistrat den Antrag, Ausschüsse auf  
Grund dieses Gesetzes zu bilden, was aber der Magistrat ablehnt.  
Damit hat er einem dem Willen Ausdruck gegeben, daß die Aus-  
schüsse keine wirklichen Arbeitervertretungen sein sollen.

Diese fragwürdigen "Arbeitervertretungen" sind aber noch  
während der Verhandlungen im Ton im Auge. Mängel der Arbeit  
sollen beseitigt, und zwar sofort beseitigt. Wenn das Arbeits-  
verhältnis und weit davon entfernt ist, institutionell zu sein, es  
ist nur manchen Beamten noch weit über das hinaus, was er für zu  
tun hat. Sie haben überflüssig die wenigen Rechte der Aus-  
schüsse nach einschüchtern. Mängel Ausschüßmitglieder fürchten  
hat, in der Summa das Wort zu nehmen in der Voraussetzung, daß  
Beamte unterdrückt sie, auch wenn sie streng zur Sache reden. Die  
Beide des Vorsitzenden des Ausschusses aus seiner Mitte ist in ge-  
wissen Betrieben lediglich Formale, denn der Magistratsvertreter  
lehrt sich an keine Geschäftsverteilung. Daher ist es wiederholt vor-  
kommen, daß man unfähige Ausschüßmitglieder trotz anderer  
günstiger Absichten zu Vorsitzenden gewählt hat. Die intelli-  
genten Ausschüßmitglieder wollten als Vorsitzende nicht die Haupt-  
rolle dem Beamten gegenüber spielen.

Der Magistrat selbst hat auch mit dazu beigetragen, den Aus-  
schüssen das nötige Ansehen nach zu nehmen, das sie in den Augen  
der Arbeiter hatten. Bei Beschwerden der Ausschüsse gegen die Be-

amten gegen die Arbeiter immer den Beamten. Die Beamten führten  
natürlich kein Verlangen, sich selbst zu bekämpfen und die Arbeiter  
gründe zurückgelassen. Sie führten ab oder stellten die Dinge anders  
dar, und dies war für die Arbeiter immer die unfehlbare Wahr-  
heit. Die Arbeiter empfinden jedoch, Beschränkung auf Beschwerden als  
Anrecht, und zwar als verhältnismäßiges Anrecht. Sie urteilen weiter:  
Wenn beim Magistrat der Wille vorhanden wäre, den Arbeitern  
gerecht zu werden, dann würde man die Ausführung der Verbin-  
dungen über Lohn und Arbeitsbedingungen, Wohlfahrtsverord-  
nungen usw. nicht der Willkür der Beamten überlassen. Wenn die  
Arbeiter auch hier über das Ziel hinausschießen, das Verhalten  
der Beamten läßt leider oft solche Schlüsse zu. Im Gegensatz zu  
allen anderen Städten kann der Beamte in Breslau das vom Ma-  
gistrat Angeordnete passieren oder verhindern.

Bei der Zwang zum Überwachungsamt nahmen auch zur  
Vorbereitung und die Mitglieder von Arbeiterausschüssen teil. Sie er-  
klärten Herrn Magistrat, daß sie von ihren Mitarbeitern als Aus-  
schüsse, d. h. als Ausschüßvereine bezeichnet wurden. Bei dem Verfall  
an die Arbeiterkraft über die Arbeiterkraft beim Überwachungsamt  
haben die Kollegen rühmend hervor, wie ruhig und sachlich sich alles  
in der langen Umwertung abwickelt habe. Nicht hierin nicht  
wenn auch ungewollt. Die nächste Veranstaltung für die Beamten.

Der Kampf der Arbeiter dreht sich um Schaffung eines für  
irrtümlichen Sühns, während die Beamten am absoluten fest  
halten wollen oder wie die Arbeiter sagen, Abschaffung des Sühns,  
daß wir für die Beamten mit Ware sein sollen.

Wer sind überhaupt, daß der Magistrat eine gerechte Behand-  
lung der Arbeiter will. Durchführen kann er sie aber nur, wenn  
er bei allen seinen Entscheidungen die Gründe der Beamten mehr  
beachtet. Was in anderen Städten ist, ist auch in Breslau  
durchführbar. Damit darf er aber nicht warten bis nach dem  
Kriege, wenn er nicht weiter gegen sich selbst Maßnahmen sein will,  
sondern muß damit bald beginnen. Der Magistrat würde kommen,  
wenn er das Verlangen und den Willen beschränken könnte, mit dem  
vom Gesetzesrecht Entlassene, Reklamieren usw. wieder in ihre Ar-  
beitsverhältnisse zurückzuführen. Sie sagen, sie haben ihre gefunden  
Gelder dem Vaterlande zum Opfer gebracht und Eigentum und  
Wohlfahrt auch ihrer Familien mit vertrieben und wolle  
sich nicht mehr als Ware behandeln lassen. Andere Stadterwerb-  
tungen haben vor und während des Krieges alle Maßnahmen über  
Lohn und Arbeitsverhältnis selbst erlassen, warum soll dies nicht  
auch in Breslau möglich sein. Unter dem gegenwärtigen Sühns  
kann die Autarkie der Vertriebenen sein. Die Arbeiterkraft  
sichere ihnen Fortschrittlichkeit und Wohlfahrt zu. Während in  
anderen Städten Arrangements der Vertriebenen möglich und  
mit Vertrauen erfüllt werden, geschieht dies in Breslau nur wider-  
willig, immer mit dem Vorbehalt, wieder Streit soll gegen sich  
wieder geführt werden. Wenn die Breslauer Vertriebenen nicht  
so unfähige Menschen wären, dann würden sie die Forderung der  
Arbeiter längst zu der übergeordnet haben.

Auch eine Reform des Maglements für die Arbeiterausschüsse  
wird und muß kommen. Je schneller sie kommt, um so mehr wird  
Erleichterung unter den Arbeitern vermieden.



## Keine Neuorientierung der Stadtverwaltung in Düsseldorf.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren von jeher in Düsseldorf nicht die besten. Um nun ihren Lebensunterhalt fröhen zu können und in dieser schweren Zeit „durchzuhalten“, hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter wiederholt Lohnforderungen der Stadtverwaltung unterbreitet. Leider wurden die Wünsche der Arbeiterschaft nicht so befriedigt, wie es wünschenswert gewesen wäre. So hatten dann die einzelnen Betriebe durch die Arbeiterausschüsse Forderungen eingereicht und, als sie nicht befriedigt wurden, diese gemeinsam mit der Organisation wiederholt. Auf die Eingabe wurde dem Arbeiterausschuß vom Gaswerk erklärt, daß ihre Forderung abgelehnt sei; in Zukunft habe man sich der Organisation nicht zu bedienen.“ Dem Ausschuß des Gaswerks wurden auf seine Forderung hin (von 3,- M. pro Tag) 30 bis 60 Pf. bewilligt. Trotzdem noch Löhne von 4,50 bis 5,- M. pro Tag vorhanden sind, unter Dingzurechnung von 1,20 bis 2,- M. Feuerungszulage, diese recht minimale Aufbesserung. Wiederholt wurden den Beamten und Angestellten einmalige Feuerungszulagen gezahlt und die Arbeiterschaft ging immer leer aus. Die Arbeiterschaft forderte nun ihre Forderungen auf, gemeinsam eine Eingabe um Lohnerböhung an die Stadtverwaltung einzureichen. In einer gut besuchten Versammlung, welche am 25. Februar stattfand, wurden die Verbände beauftragt, der Stadtverwaltung nachstehende Forderungen einzureichen, was unter dem 27. Februar geschah.

Benützung einer Lohnerböhung für sämtliche bei der Stadt Düsseldorf beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter ab 1. Januar 1918, und zwar:

- für Mäandliche 2,- M. pro Tag,
- für Weibliche 1,75 M. pro Tag,
- für Jugendliche 1,50 M. pro Tag.

Außerdem sollten in einer mündlichen Verhandlung mit der Stadtverwaltung noch gerechelt werden:

- Regelung der Arbeitszeit.
- Abkürzung resp. Milderung des Strafwehens.
- Gewährung von zwei freien Tagen im Monat an das Depotpersonal.
- Gewährung einer Entschädigung für diejenigen Arbeiterinnen und Arbeiter, welche ihre Wochenspausen nicht innehalten können bzw. die Dienst an anderen Arbeitsteilen verrichten müssen.
- Lieferung von Arbeitskleidern und Schuhwerk.
- Einheitliche Feuerungszulagen.
- Bewilligung einer einmaligen Feuerungszulage.

Schon die e Forderungen beweisen, wie mannigfaltig die Wünsche der Arbeiterschaft sind. Diese Forderungen wurden von den Verbänden der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Transportarbeiter, Maschinisten und Deiger sowie der Christlichen gemeinsam eingereicht und um eine Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister gebeten.

Wenn bisher die Eingaben überhaupt nicht oder erst nach einer geraumen Zeit beantwortet wurden, so erhielten wir auf die Eingabe eine prompte Antwort, und zwar schon nach drei Tagen. Diese Antwort lautet:

„Auf die Eingabe vom 27. Februar 1918 betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter teile ich Ihnen wiederholt mit, daß die städtische Verwaltung Wünsche der städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter nur durch die von ihnen selbst gewählten Arbeiterausschüsse oder, soweit solche Arbeiterausschüsse wegen der Natur der Arbeitsverhältnisse bei einzelnen Dienstzweigen nicht bestehen, nur von ihnen selbst unter Zurechnung der diesbezüglichen Vorständen der Arbeitsordnungen und Dienstverordnungen entgegennimmt.“  
Dr. Fehler.

Da sage nun noch jemand, daß die Stadtverwaltung die Eingaben der Arbeiterschaft nicht schnell und prompt erledigt. Ob aber durch diese Art der Erledigung die Erwitterung der Arbeiterschaft befördert wird, ist denn doch mehr als zweifelhaft. Aber die Betriebsleitungen haben noch andere Mittel, um eine Verabigung der Arbeiterschaft herbeizuführen. So wurde zu einer Arbeiterausschüßung der Straßenbahnen ein Vertreter des Generalkommandos aus Münster berufen, der den Arbeitern zu erklären hatte, daß sie im Falle einer Stilllegung des Betriebes mit dem Schüssengraben Bekanntheit machen würden und die Arbeiterinnen würden durch Hilfsdienstpflichtige ersetzt werden. Also wenn Arbeiter hungern und mit den Löhnen nicht auskommen, dann wird ihnen der Schüssengraben in Aussicht gestellt; und andere sollen dann brotlos gemacht werden. Alles dies geschieht in einer Zeit, wo die Arbeiterschaft eines jeden unbedingt ausgenutzt werden soll.

Wie sich der Herr Oberbürgermeister die Erledigung der Wünsche und Forderungen aber denkt, können wir nicht recht verstehen. Arbeiterausschüsse bestehen nur in einzelnen Betrieben. Die meisten Betriebe haben einen Ausschuß überhaupt nicht. Wenn die Ausschüsse vorsteigend werden, dann werden sie mit nichtigen Maßnahmen abgewehrt oder müssen oft Monate um Amtswort warten. Mit den Vertretern der Verbände wird nicht verhandelt und wenn dann der Unwille Platz greift, werden die so bezeichneten Arbeiter als „Landesverräter“ bezeichnet.

Der Standpunkt, mit den Vertretern der Transaktionen nicht zu verhandeln, ist aber auch unhaltbar. Es sind doch wiederholt

## Was ist Bevölkerungspolitik?

Wer nicht mit Blindheit geschlagen, wird im Gegenfatz zu den Politikern der alten Schule und gewisser freibeiwilliger Cliquen sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Krieg in der ganzen Anordnung unseres gesellschaftlichen Daseins eine revolutionäre Umwälzung herbeiführen mußte. Vor allem hat die große Tragik der letzten Jahre mit der Menschenvernichtung gegenüber den arroganten Rechtsvertretern der Herrenkasse zur Folge gehabt, daß die Arbeit, und mit ihr das arbeitende Volk, jetzt öffentlich eine sachlich höhere Bewertung für sich in Anspruch nehmen kann. „Die Arbeit, sie ist die Quelle alles Reichtums und die Grundlage aller Kultur einer Volksgemeinschaft“; denn nur durch sie ist es möglich, das, was zerstört und vernichtet, wiederherzustellen und das ganze Produktions- und Wirtschaftsgerüst in neu geordnete Bahnen zu lenken. Dabei steht bei der Neuorientierung unseres öffentlichen Lebens das Problem der sogenannten Bevölkerungspolitik im Vordergrund, gleichbedeutend mit der Aufgabe: Die Zahl der geistigen und materiellen Werte erzeugenden Menschenkräfte zu verwehren und deshalb die Volksgemeinschaft mit allen sittlich erlaubten Mitteln zu fördern. Die Grundlagen dieser Politik, die auch als „Volksgesundheitspolitik“ bezeichnet werden kann, ist die Mutterchafts- und Säuglingsfürsorge, die Familienrentenabgabe und die Wohnungsreform. Und wie zu erwarten, wird man sich dabei endlich von dem Vorurteil gegen die uneheliche Mutterchafts- und Säuglingsfürsorge freimachen. Im Zusammenhang mit diesem großen Problem stehen aber noch eine Zahl von anderen Aufgaben und Fragen, die, wie die Volksernährung und der Arbeiterlohn, es unbedingt eine Lösung erwarten oder darauf fortlaufend zur Austragung gebracht werden müssen.

Es ist eine nicht unbeachtet zu lassende Erscheinung, daß in der Zeitperiode langer Friedensjahre die Vertreter der besitzenden Klasse oder der sogenannten „Herrnkasse“ den gesellschaftlichen Wert des

Menschen durch die geldlichen Kosten der Auferziehung, wie die Ausgaben für Nahrung, Schule, Lehrjahre, Studien usw., festzulegen versuchten. Damit sollte festgelegt werden: je größer diese Kosten, je größer der Menschenwert und das Maß der daraus herzuleitenden Rechte. Dabei wurde aber unweilnehmbar abichtlich unterlassen, einzuschalten, daß eine derartige Einschätzung auch oft sehr problematische Natur sein kann, insofern der Mensch nicht nach dem äußeren Schein, sondern, entsprechend seiner Erziehung, nur nach seiner Leistung für die Volksgemeinschaft bewertet werden muß. Auch der künstlich konstruierten Ueberbevölkerungstheorie, die von Zeit zu Zeit vor dem Kriege zur öffentlichen Erörterung gedrängt wurde, lagen reaktionäre Motive zugrunde. Ohne sich der Bekämpfung von anderthalb Millionen ausländischer Arbeiter in Deutschland zu erinnern, wurde Arbeitslosigkeit, Lebensmittelverknappung, Wohnungsnot, Rückgang der Kinderzeugung usw. damit begründet. Dabei wurden kriegerische Ereignisse, Volksleiden, Zunahme der Kinder- und der sonstigen hohen Sterblichkeit als ein natürlicher Regulator der Bevölkerungsermehrung angeprochen. Im übrigen aber wird die Notwendigkeit des Festsetzens von übererischen Kolonien mit der Volksermehrung begründet. Ohne dem Deutschen Reich den Recht von Kolonien absprechen zu wollen, dürfte es doch wohl als sehr fragwürdig erscheinen, ob sich jemals eine nennenswerte Ueberbevölkerung nach diesen Landesteilen wird ableiten lassen.

Die jetzt eroffnete Bevölkerungspolitik, wobei dem Reichstage der Gelegenheit, den Krankentafeln und nicht zuletzt auch den Genetischen wichtigen und vielfach praktische Aufgaben zuteilt sind ist durchaus keine neue Erscheinung. Noch jedem Kriege und nach jeder Suche mit beträchtlichem Menschenverlust ist „Bevölkerungspolitik“ getrieben worden. Selbst die Naturvölker haben durch Töten, Ausbrennen von schwachen Kindern und Alten die „belebend“ einzugreifen. Auch anderwärts haben zu allen Zeiten Volkführer, Fürsten und Staatsleiter mit mehr großzügigem Blick für

Einladungen an die Organisationsvertreter ergehen, wenn der Unwille der Arbeiter groß war über die schlechte Ernährungsweise usw. Wenn man auf der einen Seite den Einfluß der Organisationen nicht verkennt, dann sollte man dieselben Vertreter oder auch bei Lohnforderungen anhören und mit denselben verhandeln.

In einer gut besuchten Versammlung, welche am 11. März tagte, wurde beschlossen, erneut die Arbeiterausschüsse vorzuschicken, und wo solche nicht vorhanden sind, Kommissionen zu bilden, die die Forderungen einreichen und vertreten sollen. Sollte auch dann den Wünschen kein Gehör geschenkt werden, dann werden sich die Schlichtungsausschüsse einmal mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigen müssen. Ob aber der Stadtwertung es angehen will, wenn die Lohnverhältnisse vor den Schlichtungsausschüssen erörtert werden, dürfte doch sehr zweifelhaft sein. Aufgabe der Arbeiterschaft wird es nun sein, durch den Ausbau der Organisation dazu beizutragen, ihren berechtigten Forderungen Gehör zu verschaffen. **F. Buchelt.**

**Der Magistrat in Landesbut als Arbeitgeber.**

Das Volk soll zusammenstehen und durchhalten, um die Feinde von des Reiches Grenzen abzuwehren. Daß manche Arbeitgeber darauf pflegen und nur an ihren Profit denken, ist bekannt. Aber auch öffentliche Behörden fragen nicht immer danach, wie die Arbeiter die Argegenöte überleben. Der Landesbuter Magistrat bezahlt noch Arbeitern 3 und 3,30 Mk. pro Tag. Eine derartige Bezahlung wirkt als Dummerlohn; dabei ist es gleichgültig, wenn unter den Arbeitern einige alte Leute sich befinden, denn auch diese haben ein Recht zu leben. Eine geforderte Lohnzulage im Herbst hätte nämlich den Erfolg, daß man den verheirateten Arbeitern eine Familienzulage von monatlich 6 und für das Kind 3 Mk. gab. Dabei sind noch Löhne am Werk, auch von diesem Nutzen etwas abzusparen. Ein Arbeiter ist minder mit zwei unversorgten Kindern. Zur Führung seines Haushalts muß er fremde Hilfe haben und bezahlen. Dieser wird als ledigachtet und erhält 3 Mk.

Ein paar Beispiele mögen zeigen, wie Arbeiter bei einer Behörde leben. Der soziale Verhältnis und menschliches Empfinden zu fehlen scheint. Ein städtischer Arbeiter, der die ganze Woche für die Behörde seine Pflicht erfüllt, muß von seiner Tochter sich tätend die Mägen antehen, daß sie den letzten Groschen ihres Lohnes mit ihm zücken muß. Denn sie zu ihrer späteren Ausstattung so nötig braucht, weil die öffentliche Behörde keinen der Tüchtigkeit angemessenen Lohn bezahlen mag. Frauen mußten die Sachen ihrer zum Decreedienst eingesetzten Ehemänner verkaufen, um leben zu können.

Für die Behandlung der städt. Arbeiter spricht am besten die ständige Verschleppung aller ihrer Anträge. In ein Versehen zu glauben, wird schwer, da die ständige Erschöpfung die Regel bildet. Als ein Veraleich vor dem Schlichtungsausschuss in Hirschberg geschlossen war, warteten die Arbeiter vergeblich auf die Ausführung desselben. Erst als der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses dem Magistrat mit einer Beschwerde an den Zentralausschuss in Berlin drohte, bequante sich der Magistrat zu folgendem Schreiben:

„Durch ein Versehen des Bureau's ist der von unserem Vertreter über die Sitzung vom 7. 5. 17 erstattete Bericht überlegt und erst gestern wieder zur Beschlussfassung vorgelegt worden usw.“

Das Verlegen wichtiger Sachen scheint in Landesbut ein gewisses Uebel zu sein; selbst die Stadtverordnetenbeschlüsse scheinen dort verlegt zu werden, denn ihre Ausführung läßt meist lange auf sich warten. Die erwähnte Familienzulage wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember beschlossen. Seine Ausführung hätte bei ungefähr 30 beschäftigten Arbeitern mindestens vor Weihnachten erfolgen können und müssen, wenn dazu guter Will: vorhanden gewesen wäre. Die guten Landesbuter Christen konnten die Arbeiter über Weihnachten der Not überlassen und selbst nach Neujahr mußten die Arbeiter sich die Zulage erst durch einen Ausstand erzwingen.

Die beklagten Uebelstände schreiben die Arbeiter dem Leiter der Landesbuter Gemeindebetriebe, einem früheren Baumeister zu. Daß der Herr sanderbare Ansichten hat, wissen wir. Vor dem Schlichtungsausschuss erklärte er, er begreife gar nicht, weshalb die Arbeiter sich organisiert hätten, er habe doch immer so gut für sie gesorgt. Dieses „Zich-Sorgen“ sah so aus: vor Kriegsbeginn erhielten die Arbeiter 2,20-2,50 Mk. pro Tag. Diesen Lohn bezahlte man noch bis zum Jahre 1913, trotzdem noch Kriegsbeginn alle Nahrungsmittel von Woche zu Woche im Preise stiegen. Eine Pute der Arbeiter, die sie dem Herrn Baumeister 1913 vortragen, fand weder Berücksichtigung noch Verantwortung. Die Löhne waren in der Friedenszeit für alle städtischen Arbeiter durchaus unzureichend. Gerade weil der Herr Baumeister alzu stiefmütterlich für die Arbeiter sorgte, deshalb halten sie es mit der Organisation.

Für seine Arbeiterfürsorge ist folgender Fall noch recht bezeichnend. Im Winter mußten die Arbeiter einschließlich der Frauen für den Schlachthofbetrieb das Eis einbringen. Für diese Arbeit bezahlt jeder halbwegs humane Unternehmer einen höheren Lohnaufschlag. Die Frauen hatten sich dabei ihre Sachen abgeleihen und beantragten eine besondere Entschädigung. Mitant ihnen 50-100 Proz. Zuschlag zu gewähren, erhielten sie für die einige Wochen betragende Zeit des Eisnehmens eine Arbeitsstunde, also insgesamt 25 Pf. entschädigt.

Ihre menschenarmen Landesteile sich im wirtschaftlichen und militärischen Interesse eine Bevölkerungspolitik angelegen sein lassen. Ganze Volkstämme wurden aus den dichtbevölkerten Gegenden nach den weniger bevölkerten zur Auswanderung gedrängt. Ein Bild zu dieser Erscheinung zeigt die Völkermigration der Hirtenvölker, auch vereinzelter aederbautreibender Volkstämme vor und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Auch die Geschichte der neueren Zeit gibt hierzu einige recht interessante Beispiele. Abgelehen davon, daß schon in der Reformationszeit es als offenes Geheimnis angesehen wurde, daß Fürsten, Adlige und selbst kirchliche Würdenträger mit Frauen im Konkubinat lebten. Wir wissen, wie Luther dagegen eine scharfe Stellung einnahm und mit seinen Philippen dazwischenfuhr. Nach dem Dreißigjährigen Kriege, wo das Land, Städte und Dörfer zerstört und menschenleer waren, wurde den Männern sogar offen oder auch stillschweigend das Zusammenleben mit zwei oder drei Frauen gestattet. Durch behördliche und geistliche Bemühung wurde den Frauen der Verkehr mit Männern und die Kinderzeugung recht sehr nahegelegt. Wir wissen, wie einzelne deutsche Fürsten die Auswanderung der Protestanten aus Tirol, Böhmen und aus Frankreich (Hugenottenauswanderung) nach ihren Landesteilen begünstigten und so ihren Landestindern frisches Blut zuführten oder laust die geschlechtliche Zucht und Auswahl zu unterstützen wußten. Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andere, wie auch sein großer Sohn Friedrich II. förderten die Verheirathung von gesunden, arden und stark gebauten Personen. Dem Geist der Zeit entsprechend wurde hier die rationale Menschenvermehrung wie vom Standpunkt der Viehzucht betrieben, wobei aber immerhin nicht die Weibde, sondern der Erfolg als das Entscheidende anzusehen sein wird.

Im übrigen ist es nun doch eine ewige Wahrheit, daß der Krieg, ein Unglück für alle Völker, unter den Tüchtigsten und Kräftigsten merkt, und zuletzt unter den Schwächlingen aufraucht. Ein längerer Krieg bedeutet deshalb für jedes tiegfrühende Volk der Anfang zu

einem Prozeß der Degeneration. Der jetzige Krieg hat eine ungeheure Zahl von gesunden, starken, zeugungsfähigen und intelligenten Männern aus allen Klassen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl wird die Arbeiterklasse dabei im Vordergrund stehen, jedoch wird sich später das ganze Bild noch in einem anderen Lichte zeigen. Hochwertige Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen, wie Lehrer, Hochschullehrer, Künstler, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Hochqualifizierte aus der Arbeiterklasse sind tot oder zu Krüppeln gestossen, oder sonst durch Krankheit und Siedtum unbrauchbar geworden, unersehbar, aber sicher erst nach Jahren zu ersetzen. Hieraus folgert sich nicht nur eine Einbuße in Hinsicht unserer geistigen und sittlichen Erziehung, sondern auch ein unermeßlicher Verlust zum wirtschaftlichen Wenaufbau unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist der Aufstieg der Begabten eine dringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914: 68 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsmehrung muß selbstverständlich der Geburtenüberschuss angesehen werden. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900 bis 1910: 885 881 Personen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Geborenen 1 894 593 und die der Gestorbenen 1 060 793; demnach ergibt sich in dem letzten Jahr vor dem Kriege ein Ueberschuss von 833 800 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahrzehnts: 1871 80: 40,7, 1881 90: 38,2, 1891 1900: 37,4, 1901 10: 33,9, 1911: 29,5, 1912: 29,1, 1913: 28,3. Auf 1000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871 80: 28,8, 1881 90: 26,5, 1891 1900: 23,5, 1901 10: 19,7, 1911: 18,2, 1912: 16,4, 1913: 15,8. Wir sehen hier eine allmähliche Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Preismeldungen vom 16. Februar d. J. teilte die preussische Regierung im Abge-

• Aus unserer Bewegung •

**Berlin.** In der Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin am Donnerstag, den 6. März, hielt der Reichstagsabgeordnete Silbermann einen überaus instruktiven Vortrag über die Wohnungsverfrage. Eine ausführliche Behandlung dieses Themas ist in der letzten Nummer der Gewerkschaft erfolgt, worauf wir an dieser Stelle nochmals aufmerksam machen. - Ueber den Stand der Forderungszulage berichtete Kollege Schulz. Der Gesamtertrag, der durch die Tätigkeit der Organisation während der Streikzeit den hiesigen Arbeitern von Groß-Berlin an Lohn-erhöhung durch Forderungszulage bzw. Konjunkturzulagen zugeführt worden ist, betrage rund 10 Millionen Mark. Im Laufe des Jahres 1917 wurden in Berlin und den Vororten 50 Bewegungen um Erhöhung der Zulagen mit Erfolg durchgeführt. Seit 1. Januar 1918 bis März sind 12 neue Bewegungen beendet worden. Von zehn weiteren hat das jahresmäßige Ergebnis bereits vor. Daran hat sich das Entkommen für etwa 20.000 G. mehrarbeitler in der Zeit von Januar bis März 1918 um 1.629.000 Mk. erhöht. Leider ist die Bemessung der Zulagen sehr verschieden. Die niedrigsten Zulagen haben die Arbeitergruppen mit dem niedrigsten Grundlohn. Dieser unsoziale Standpunkt verdient gebührende Stellungnahme. Das Haus- und Ehegattenlohn der hiesigen Arbeiter und Hausanwärter, das den verdingten Zulagen erhalten hat, hat sich erneut an den Magistrat mit entsprechenden Anträgen gewandt. So wie die Arbeiter der hiesigen Metallgewerbe, einschließlich der Metallgewerkschaft, hat der Magistrat erst dieser Arbeiter 100 bis 140 Mk. in der gegenwärtigen Zeit ein Konjunkturlohn im nächsten Sinne des Wortes. Mit einem Appell an die Magistrat, was heißt, der Schweren Zeiten für weiterer Ausbau der Organisation der Sorge zu haben, wurde die Versammlung geschlossen.

**Danzig.** Am 7. März fand eine Versammlung der hiesigen Arbeiter statt, um Stellung zu den jetzigen Löhnen zu nehmen. Nachdem unserer Eingabe vom August 1917 kein Erfolg erzielt worden worden war, daß nur eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde bewilligt wurde und die tägliche Forderungszulage von 1,25 auf 1,75 Mk. erhöht wurde, macht sich eine erneute Lohnerhöhung notwendig. Werden doch jetzt z. B. in der Gasanstalt den Beschäftigten nur 11 Pf. Stundenlohn gezahlt. Der Höchstlohnlohn im Gewerbeamt im Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk beträgt die Stunde 65 Pf. Bei solchem Entkommen ist es selbstverständlich, daß die Not in jeder Hinsicht in den Familien der hiesigen Arbeiter anzu-treffen ist. Nach reichlicher Aussprache wurde beschlossen, allgemein eine Stundenlohnzulage von 15 Pf. zu fordern. - Gestagt wurde auch über den Arbeiterentscheid im Elternratswesen. Der sich nun nicht kündigt. Das ist natürlich kein Wunder, sind doch diese Ausnahmestellen auf Bewandlungsvertrag angelegt und infolge dessen können sich die „Kollegen“ als Beamte und haben kein Interesse daran, die Verantwortlichkeit der Arbeiter und Dienstver-

zu erstreben. Mit der Ermahnung, für rege Mitarbeit zu sorgen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dortmund.** (Jahresbericht.) Das Sommerfest im Van Düsselhof ist unsere Filiale. Es hat während rund fünfzehn Wochen der Filiale viel Mühe und Arbeit gekostet, sie über Wasser zu halten. An der Gründung nahmen vier Kollegen teil, die bis zum heutigen Tage der Filiale treu bleiben. Während der ersten Jahre mühevoller Arbeit stieg die Mitgliederzahl allmählich, so daß bei Ausrück des Krieges die Mitgliederliste schon einige hundert Namen zu verzeichnen hatte. Leider haben es die Kollegen nicht ein-fach dem Verbände einmütig und dauernd anzugehören, sondern fielen nach und nach wieder ab. Die längsten während dieser Jahre in Bezug auf bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse lag aber nicht brach in der Filiale. Es wurde mehrfach durch Eingaben an die Stadtwahlverwaltung herangezogen, ebenso fanden Verhandlungen mit dem Herrn Oberbürgermeister statt. Meinungen wurden dabei erzielt, auch wurde hier und da den Arbeitern ein Grundlohn mehr Lohn gegeben und einige Maßnahmen befohlen, aber solche Forderungen blieben im allgemeinen unberücksichtigt. Dadurch, daß die Arbeiterkraft sich nicht aufreichte, um unserer Auf-forderung zum Vortritt zur Organisation nachzugehen, so habe auch keine noch im vierten Streikjahr, auch durch die Stadt Dortmund der schlechtesten Löhne für alle beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter trotz der enormen Lohnmehrschritt. Ein Einmale um anstandslos Lohn für alle hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung der bestehenden Zulagenzulage ist bis zum heutigen Tage immer von alters her Grundlohn der Dortmund Stadtwahlverwaltung in nur beabsichtigt geblieben. Die Schuld trifft erstere Linie die Arbeiterkraft, die nicht vor in der Filiale hat es nicht gefehlt. Es wurden viele Versammlungen abgehalten. Der Kampf war leider nicht beendet. Schon die öffentliche Ver-sammlung vor Schwab behauptet. Das dadurch die nächste Lage der Arbeiter nicht besser wird, in jeder Hinsicht. Eine gewisse Mit-hilfe hat die Filiale wiederum im Streikangebot zu leisten. Durch die Nachzahlung müssen gleichzeitig der erste Vorsitzende und Mitarbeiter zum Sekretär ernannt. Dazu kam noch die Ein-berufung des Gauleiters Heinrich. Die Kollegen waren der Meinung, daß alle Mitglieder und ein gewisser Mitarbeiter. Bei Ueber-zahme des Amtes durch den Gauleiter, nach dem sich hat nicht ein anderer Kollege treten, die Leitung der Filiale wieder zu über-nehmen. Durch Ausschluß der Mitarbeiter ist dann wieder Ver-ein in die Filiale gebracht worden. Unendlich wurde das noch durch die Macht des hiesigen Vorsitzenden aus dem Filiale. Es wurde wieder planmäßig gearbeitet in der Filiale, und die Erfolge blieben nicht aus. Die Mitgliederzahl stieg, und am Jahresende 1917 waren 200 zahlende Mitglieder vorhanden, darunter 12 in Filiale. Die ersten zwei Monate des Jahres 1918 haben mit Erfolge ge-endet. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 70. Ein Organisation im Stadtwahl hatte vollen Erfolg. Deshalb werden die neu gewählten Kollegen und Kollegen auch fernab dem Ver-bande mit uns 1.1.18 dem 1.1.18 durch geschickten Gutachten

ordnenhaute dem bevölkerungspolitischen Ausschuss mit, daß der Geburtenausfall im Kriege weit höher sei als die Zahl der Ge-fallenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den frühe-ren Stand nicht erreichen dürfte.

Wenn demnach immer wieder kirchliche Kreise die Ansicht ver-treten, daß, wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Irrtum, und auch nicht möglich. Entscheidend hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen lehnen auch die Er-fahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebens-jahren, verbunden ist. Die Zeit der Vielkinderei ist unabweislich vorbei. Jetzt heißt es, mit allen Mitteln gegen Volkschädigungen, wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw., die Menschenökonomie und die Lebensdauer der Geborenen fördern. Und dabei wird die politisch-geographische Lage Deutschlands gegen-über dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slawischen Volksstämmen nicht außer acht zu lassen sein. Die „slawische Welle“ be-deutet eine nicht unbeträchtliche Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungszunahme des russischen Staates betrug zum Beispiel für 1910: 1.136.899 Personen. - Wie im „Reichs-arbeitsblatt“, Band IX, 1911, sehr gut ausgeführt wird, „bedingt die Erhöhung einer gesunden Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft.“ Denn wirtschaftlich betrachtet ent-hält vom 15. Lebensjahre ab ein jedes Lebensjahr 300 Arbeitstage, wobei auch die möglichen Arbeitstage der Strafgefangenen nicht außer acht zu lassen waren. Nach der amtlichen Absterbeordnung der neunziger Jahre (1881-1890) ergab sich für das männliche Ge-schlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,56 Jahren und für das weibliche Geschlecht von 43,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat inner-halb der vorbezeichneten zwanzig Jahre nur fünf, und bei den Frauen nur fünfzehnhalf Jahre zugenommen. Trotzdem stehen wir noch

immer hinter den meisten Kulturstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebens-dauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Ge-schlecht 53,63 Jahre, sie ist also um volle zehn Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Günstiger zeigen sich die Feststellungen des Statistischen Landesamts für Preußen, wonach im Jahrzehnt 1906-1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 50,03 Jahre gestiegen ist.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Frauenüberschuß zu rechnen, der schon 1913: 833.800 Personen betrug. Der erhebliche Geschlechtsüberschuß wird dadurch mehr vorurteilsfreier und als sittlich zulässig anzusehen sein. Das moralische Moment kann hier nicht darin bestehen, das gesellschaftliche Ansehen der unehelichen Mutter und ihres Kindes herabzudrücken; denn um unehelich eine pflicht-erfüllende Mutter zu sein, dazu gehört sittlicher Mut und Kraft. Dem entgegen ist die Pflichtvergessenheit eines jeden Vaters zu brand-marken und gefehlich zu verhindern. Die Bekämpfung der Geschlechts-krankheiten bildet einen weiteren Teil der Volksaufklärung und ent-schloßener Maßnahmen der Gesetzgebung, wobei ohne Ansehen und Schonung von Personen - gegen jedes gewissenlose Handeln - vor-gegangen werden muß.

Wie uns der Krieg gezeigt hat, sind eine große Zahl von Per-sonen nicht nur bis zum 40. Jahre - sondern bis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig und haben „hinter der Axt“ in Tag- und Nachtschichten ihre Pflicht erfüllt. Deshalb muß es die Aufgabe der leitenden Kreise der bevölkerungspolitischen Ziele sein, die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch wirksame Gesundheitsvorkehrungen auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeiterschutz, wobei auch den Gewerkschaften durch ihre praktischen Erfahrungen ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Aufgaben zufallen wird. G. Heintz.



erkennen das Los der Arbeiter erleichtern. Ein großes Stück Arbeit ist noch zu leisten, ehe die Wünsche der Mollagen der Stadtverwaltung abgezwungen sind. Darum sollten alle Unorganisierten in den Verband eintreten und sich solidarisches mit den Arbeitstameraden zeigen. Denn nur Einheit führt zum Ziel.

**Guben.** Am 13. Januar nahm eine Versammlung der städtischen Arbeiter Stellung zu der angekündigten Lohnregelung. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich schon dreimal damit beschäftigt, aber ohne Resultat. Die Sache könnte schon längst erledigt sein, wenn sich gerade die männlichen städtischen Arbeiter etwas mehr um ihre Interessen betümmern würden. In der Bauverwaltung trauen sich die Mollagen nicht zu organisieren, weil der Aufseher es nicht will. Wer nicht mal so viel Mut aufbringt, von seinem Recht Gebrauch zu machen, darf sich natürlich nicht wundern, wenn eine Behandlung eintrifft, die jeder Beschreibungs wertig ist. So erlaubt sich der Aufseher in der Straßenreinigung, Kranen, die seine Mutter sein könnten, mit „Dumme Kaders“ und dergleichen zu titulieren. Es wird gelegentlich genannt, um zu veranlassen, daß dieser Vorleser lernt, mit Menschen umzugehen. Wäre die Organisation härter, dann müßte es ein leichtes sein, in solchen Fällen energischer zu wirken. Wenn das Wort „Dumme Kaders“ Geltung haben soll, dann muß die Organisation am Orte errichten.

**Kolberg.** Infolge widriger Umstände beteiligten sich die Mitglieder der Zentrale nicht an der Wahlversammlung. Am Sonntag, den 10. März, nahmen nur die Mitglieder in einer Versammlung zu der Beitragsserhöhung Stellung. Die männlichen Mitglieder sind auch hier bereit, das Jare nach Wahlen beizutragen. Für die weiblichen Mitglieder kommt keine Beitragsserhöhung in Frage, weil der Verdienst zu gering ist. Verzicht wurde noch gegeben von der Stadtverordnetenversammlung. Der einzige sozialdemokratische Stadtverordnete, Genosse Volz, hatte beantragt, auch den Arbeitern und Arbeiterinnen eine den Beamten entsprechende Feuerungszulage zu gewähren. Mit allen gegen Volz's Stimme sei dieser Antrag aber abgelehnt worden. Es muß also heißen: Stärkung der Organisation, damit wir uns holen, was man den städtischen Arbeitern vorenthält.

**Kottbus.** Am 11. März fand eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Steinberg, der vor der Wahlversammlung nicht anwesend sein konnte, berichtete, weshalb die Beitragsserhöhung notwendig sei. Die Mollagen schloßen sich den Ausführungen des Berichtenden an. Im Gesamten sind nun alle Beschäftigten bis auf einen organisiert. Diese sind es auch in der Bauverwaltung wie auch in der Promenadenverwaltung aus. Doch wird es auch hier gelingen, der Organisation den nötigen Einfluß zu sichern, wenn erst wieder mehr organisationsfähige Arbeiter beschäftigt sind.

**Flauen i. R.** Eine auf besetzte Mitgliederversammlung am 10. März beschlossene Sitzung mit dem Unterrichtsamt und der Kammer der Gewerkschaften während des Streikes und nahm Stellung zu den Einmischungsversuchen der städtischen Arbeiter. Nach Erledigung verschiedener Eingänge gab Kollege Geyer, die Besetzung eines Eintrags in das Unterrichtsamt der Gewerkschaften sowie die Kammer der Gewerkschaften. Durch die vielen Willkuren, die von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder während der letzten Kriegsjahre geübt wurden, sind nicht nur Staat und Kommune entlastet, die Mitglieder und ihre darobenden Familien sind in allen Verhältnissen nach bestem Können unterstützt worden. Mit nachstehendem sollten die Angehörigen der Familien, den des Meines. Er ermahnte die Mollagen, anzusprechen tätig zu sein für den Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter und neue Mitglieder zu werben, damit das bisher Erreichte auch erhalten werde. Dadurch wären sich die Mitglieder für später vor wirtschaftlichen Nachteilen; denn bereits jetzt, wo die ganze Arbeiterfront unter den Streikenden leidet, muß sich die Unterrichtsamt an die angehörend hohen Löhne sofort nach Friedensausbruch ansetzen; ob die Lebensbedürfnisse andere geworden sind, kann für die Kintenehmer nicht in Betracht. Kollege Geyer sprach, daß alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen im Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter zu vereinigen, denn nur durch diesen ist es möglich, die Lebensbedingungen der Arbeiter entsprechend zu gestalten. Pflicht der Arbeiter ist es jedoch, sich bei jeder mit mehreren Gelegenheiten als organisierte Arbeiter zu zeigen und der Stadtverwaltung gegenüber voll und ganz ihre Forderungen zu stellen, sobald die Organisation als selbstbestimmte Kraft anerkannt ist. Bei der Erörterung der Frage über allgemeine darauf hingewiesen, daß die jetzigen Zustände unüberwindlich sind. Es ist nur zu bemerken, daß die Arbeiter einer regelrechten Beschäftigung noch nachsehen können. Nur unüberwindlich viel Geld und andererseits alle erdenklichen Zahlungsmittel noch zu haben. Findend erforderlich wäre es, die Arbeiter arbeitende jedoch darobend Arbeiter, mehr für höheren Lebensmitteln zu verlangen. Zustimmung wurde nur durch argumentieren, an die Stadtverwaltung eine Eingabe zu machen, den Straßenarbeitern insbesondere die Gratifikation um ein Drittel zu erhöhen. Außerdem sollen die Stundenlöhne in Anbetracht der immer steigenden Lebensbedürfnisse entsprechend er-

höht werden. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

**Regensburg.** In den Streifen der hiesigen städtischen Arbeiter gärt es seit längerer Zeit, weil bei den letzten Feuerregelungen der Feuerungszulagen die Beamten mehr als die Arbeiter berücksichtigt wurden. Sie können es nicht verhehlen, wie man dazu kommt, den Beamten eine jährliche Feuerungszulage von 100 Mk., den Arbeitern nur eine solche von 105 Mk. zu gewähren. Man kann auch nicht behaupten, daß die Arbeiter besser als die Beamten bezahlt wären. Zum übergroßen Teil trifft das Gegenteil zu. Wenn das aber verbittert unter den Arbeitern wirkt, so soll es durchaus nicht aufgefahrt werden, als gämen sie den Beamten diese Aufbesserung nicht. Die Erbitterung richtet sich ganz naturgemäß nicht gegen die Beamten, sondern gegen den Stadtmagistrat und gegen die Vertreter in den städtischen Mollagen, die die berechtigten Wünsche der Arbeiter ablehnen. Letztere werden sich das merken. Am Sonntag, den 10. März, tagte in der „Schillerstraße“ eine außerordentliche Versammlung dieser Arbeiter, die wiederum zu den Lohnverhältnissen Stellung nahm. Sie kam zu dem Ergebnis, daß das jetzige Entzern der Feuerungszulage nicht aufrechterhalten werden kann. Die Feuerungszulage ist nicht nur zu niedrig, sie paßt sich auch nicht mehr der heutigen Zeit an. Da von einer Verbilligung der Lebenshaltung nicht mehr gesprochen werden kann, wird es Aufgabe der Arbeiter sein, die Umwandlung der Zulage in feste Löhne anzustreben. Von diesem Geiste erfüllt, nahm die Versammlung nachstehende Entschließung einstimmig an: „Die am 10. März tagende Versammlung der städtischen Arbeiter erkennt an, daß die Lebenshaltung um mehr als das Doppelte und Dreifache gestiegen ist. Sie betrachtet es angelehnt dessen als eine dringende Notwendigkeit, daß auch bei den städtischen Arbeitern die Entnahmen mit den erhöhten Ausgaben mehr als bisher ausgeglichen werden. Die Feuerungszulagen bringen zwar eine kleine Milderung der bestehenden Not, schaffen aber durchaus keinen auf Berechtigte Anspruch erhebenden Anreiz. Wenn nun in dieser schweren Zeit ein vollständiger Ausgleich zwischen Verdienst und Verbrauch nicht vorgenommen werden kann, was auch die Arbeiter begreifen, so muß doch unter allen Umständen erwartet werden, daß wenigstens der zum Leben notwendige Verdienst zugefunden wird. Deshalb beauftragt die Versammlung die Gauleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sie wolle unverzüglich im Einvernehmen mit dem hiesigen Arbeiterverband die nötigen Anträge auf Feuerregelung der bestehenden Lohnsätze bei den städtischen Mollagen einbringen und somit eine Erhöhung des Verdienstes der städtischen Arbeiter um täglich 1 Mk. anstreben.“

**Reichenbach i. R.** Veranlaßt durch die drückende Notlage der städtischen Arbeiter, fand am Sonntag, den 10. März, im „Weißer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht angehörten, Einladung erhalten hatten. Die Versammlung war auch gut besucht, insbesondere waren recht viel Frauen erschienen. Kollege Geyer sprach aus Weichenfels sprach über die Gründung der Arbeiterkassette während des Krieges. An der Hand von statistischen Material konnte nachgewiesen werden, daß es der Arbeiterkassette im allgemeinen, die städtischen Arbeitern in Reichenbach insbesondere wo eine Anzahl Familien fast nur von Mollagen und dem wenigen Brot leben müssen) unendlich ist, so weiter bestehen zu können. Reorganisation der Stadtverwaltung muß es sein, in solchen Fällen einzugreifen und die Arbeiter mit den Familien vor dem vollständigen Zusammenbruch zu schützen, zumal die Arbeit, speziell in den Gaswerken, eine sehr ungeliebte ist und durch die Einlogung der Nachbarn den Körper eine gute, kräftige Nahrung zugeführt werden muß. Ergänzt sich eine Delegation der Arbeiter an die Stadtverwaltung um Hilfe wandte, mußte sich diese mit dem vorläufigen Bescheid, die Anträge schriftlich einzureichen, um im Stadtparlament verhandeln zu können, zufrieden geben. Die inzwischen eingereichte Eingabe wurde gefordert wird, den städtischen Arbeitern, insbesondere den Gasarbeitern, höhere Lebensmittelforderungen zu gewähren bzw. aus der Spezialkassette Effen zu verabfolgen, oder die Arbeitszeit bei der Fortzahlung des vollen Lohnes herabzusetzen, daß ferner in Anbetracht der weiteren Verteuerung aller Lebensbedürfnisse der Stundenlohn um 10 Pf. heraufgesetzt werden soll) fand einstimmig Annahme. Den Anwesenden wurde dringend aus Herz gelobt, sich dem Verbande der Gemeinde und Staatsarbeiter anzuschließen, denn es geht nicht an, daß das kleine Häuflein der Organisierten die Mollagen für diejenigen aus dem Feuerholt, die zwar die Erwerbungsarbeiten der Organisation einbringen, sich jedoch von einer Beitragszahlung drücken. Kollege Geyer sprach, Flauen empfahl, die Unterstützung des Meines zu beherzigen. Er kündigte die Erfolge, die durch die Organisation und durch den Zusammenhalt aller städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen im Verbande der Gemeinde und Staatsarbeiter erzielt werden sind. Der günstige Verlauf der Versammlung führte dazu, daß sich eine Anzahl dem Verbande angeschlossen, auch einige übertritte wurden konnten. Jedoch in diesem Falle nicht entprochen werden konnte. Die Mollagen in Reichenbach werden nun mit Beharrlichkeit auf dem letztgedachten Wege tätig vorwärtsstreifen. Bei diesem Geistes fand die ausgedehnte verlaufene Versammlung ihr Ende.

Rundschau

Ein Pfarrer über die Rüstungsarbeiter. Pfarrer Dr. Engelhardt von der evangelischen Gemeinde in Möln- Lindenthal schreibt in seinen Kriegsbildern aus einer rheinischen Großstadt folgendes:

„Gehen wir nun in die Werkstätten, wo unsere Leute arbeiten, wo sie ihr Brot verdienen, sehen wir uns dieses Bild an, sehen wir uns vor allem an unsere Volksgenossen, die in dem Walde von Schloten und Öfen als Schweißer- und Schweißarbeiter in unserer Rüstungsindustrie tätig sind. Teils schaffen sie in Hallen, wo dauernd geschüttelt und geklopft wird, wo unter dem Donner der Maschinerie und dem Rattern der Lokomotiven solch ein Lärm, solch ein Charivari ertönt, daß man kacheltätlich sein eigen Wort nicht mehr hört, daß viele von denen, die hier andauernd weilen müssen, ihr Gehör verlieren und taub werden.

Teils arbeiten sie in Kaminen, die giftige Gase bereiten, solch verpestete Luft, solch fettsäurehaltige Dünste, daß sie uns wie ein Giftstich vorkommen, daß es uns, wenn wir für einen Augenblick hineinschauen, sofort hinausholt und wir nicht atmen können, wie Menschen vom frühen Morgen bis zum späten Abend hier sein können, aber wohl begreifen, daß dieselben mit gelben Haaren bleichen, oft mit Auswuchs und Geschwüren bedeckten Gesichtern, wie schleichende Schwärze dahinschwanken. Dabei sind sie in steter Todesgefahr, jeder Gang in die Fabrik kann ihr Gang zum Tode werden; denn immer wieder entstehen schauerhafte Unglücksfälle, wo Menschen zugrunde gehen, wo zeretzte Menschenleiber herumliegen.

Opfer fallen hier,
Weder Mann noch Stier,
Aber Menschenopfer unerbört.

Teils arbeiten die Schweißarbeiter, oder besser Schweißstärker, in Hallen, wo die feurigen Geschöten sind, wo glühende Eisenmassen aus dem geschmolzenen Eisen wie schmelzende Wasser den Wasserfall hinunterstürzen - ein Bach mit einer Art natürlicher Merschöpflichkeit, wie aus einem geträumten Jenseits voll unjagbar glänzender Glut. Die glühenden Stahlstücke wandern durch die Hellen, kommen unter die Eisenerfüllung, weichen, spritzen die Funken, ein Sprühregen, ein imposantes, aber gefährliches Schauspiel; ein einziger Funke in das Auge des Arbeiters, und es ist verloren; ein Schritt in die Eisenwand und er bedeutet den Tod! In diesen Hellen, wo die Schmelzen eine brennende, sengende und siedende Hitze verbreiten, haben und packen die Arbeiter die feurigen Hitze, halt macht, in Schwärze gekleidet, abgezogen, bleich und bloß! In dieser Hölle, aus der wir möglichst rasch wieder herauszukommen suchen, arbeiten sie 10, 12, ja oft 14 Stunden. Wahrlich, wenn man die Möglichkeit, leben zu dürfen, mit solch teurem Preis erkaufen muß, dann kann man sich fragen, ob nicht der Preis zu hoch ist für das Leben selbst! Mein Wunder, wenn diese Leute müde und schwach werden, wenn ihre Kraft und Arbeitslust erlahmen, wenn man von ihnen erfährt: „Ich soll Tag und Nacht arbeiten und soll nicht schlafen genug zu ihnen haben?“ Diese Schweißarbeiter brauchen Zeit, Futter, vor allem Kartoffeln, damit sie arbeiten können, damit sie arbeiten mögen. Selbst mir, liebe Freunde, daß dieses „Lohnverhältnis“ ihnen guttun wird! Teils verrichten sie Arbeitsleistungen, die weit über ihre Kraft sind, und dies oft bei magerer, fettloser Kost. Bald an Kraft wird vorausgibt, wenig an Nahrungsstoff werden's annehmen; so überfordert die Ausgabe teils die Einnahme und, wie immer in solchen Fällen, tritt ein Verlust ein. Hier ein Partisan der Gesundheit. Ich war kurz vor meiner Reise hierher in der Gießerei in ... da werden in einer Nacht 20 Wagons von 20 Leuten geladen. Es sind lauter blutjunge Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren. Die Arbeit übersteigt weit ihre Leistungskraft. Ich habe selbst eine Granate geladen; ich kann sagen: mehr als drei Kräfte ist nicht in den Wagen, und dabei sehe ich doch gewiß nicht schwach aus. So ist es kein Wunder, daß immer einige zusammenbrechen. Der mich führende Führer erzählte, daß gerade in der Nacht vorher mehrere zwei zusammenbrechen, einer am Plutonium. Ganz überliefert trauer wir nunmehr mit der Gesundheit dieser Jünglinge. ...

Der Pfarrer wandte sich mit diesen Ausführungen an die Landbevölkerung, um ihr zu zeigen, wie die Rüstungsarbeiter um ihr tägliches Brot zu ringen haben und wie schwer sich die Landleute an ihnen und damit auch am Vaterlande verführen, wenn sie solchen Arbeitern die nötigen Lebensmittel vor enthalten.

Der Postillon.

(Zu den Reichstagsdebatten über die häufigen Postdiebstähle.)

Liebtlich war die Märzennacht,
Nagend still im Stogen,
Doch, die Post, Man ist mit Macht
Zücker hergezogen.

Frühlingsworte klingen frei,
Waren nicht zu hemmen -
Kubrick von der Volkspartei
Plauderte vom Klemmen.

Lenz umschleht wunderbar
Pöckchen, Kollis, Kisten;

Und die „Gefler“ kriegen stramm
Wie die Volkswaffen.

Winkt ein Traum in West und Ost
Liebtlich durch die Laube,
Klaut getrieben auf der Post
Die verdammte Waube.

Wacht' auf Nimmerwiederkehr
Ihr das Maßschloß blasen -
Selbst des Staates Sekretär
Hand: es ist zum Kafen!
(Gottlieb im „Tag“.)

Eingegangene Schriften und Bücher

„Arbeiter Jugend“. Die sechsten erschiene Nr. 5 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die sozialistische Weltanschauung. I. - Die Entwicklung der deutschen Sprache. (Fortsetzung statt Zählung.) - Mein Photographicalbum. Von Th. Thomas. (Zählung.) - Ueber Zusammenhänge. Von Ar. Lipshütz. (Mit Abbildungen.) - Die „Christliche“ der jugendlichen Arbeiter. Von A. M. - Ten angehenden Medizern! Von W. S. - Aus der Jugendbewegung. - Die Gegner an der Arbeit.

Gaus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie. Fränkische Verlagsanstalt, Stuttgart, Jahrgang 1918, Heft 1-5. Vierteljahrspreis 1 Mf.

Mikroskopos. Zeitschrift für angewandte Mikroskopie, Mikrobiologie, Mikrochemie und mikroskopische Technik. 10. Jahrgang, 1916/17, Heft 12 (Zählung), und 11. Jahrgang, 1917/18, Heft 1 bis 6. Stuttgart, (Gesellschaft des Mikroskopos). Jahrsbuch 12 Hefte und eine oder zwei sonstige Beilagen. Halbjahrspreis 3,00 Mf.

Totenliste des Verbandes.

- Hermann Becker, Berlin
Einzelmagier
† 11. 3. 1918, 29 Jahre alt.
Aug. Wilh. Dauer, Leipzig
Gasarbeiter
† 13. 3. 1918, 62 Jahre alt.
F. Gindler, Freiberg i. B.
Zinklofer
† 14. 2. 1918, 74 Jahre alt.
Hinrich Dunker, Hamburg
Hafenunterhaltung
† 27. 2. 1918, 64 Jahre alt.
August Fisholz, Lichtenberg
Pensionär
† 9. 11. 1917, 70 Jahre alt.
Wilhelm Fiedler, Breslau
Märner
† 8. 3. 1918, 50 Jahre alt.

- Johann Hoch, Mainz
Gasarbeiter
† 8. 3. 1918, 61 Jahre alt.
Karl Huber, München
Gasarbeiter
† 12. 3. 1918, 45 Jahre alt.
F. Kellermann, München
Zinklofer
† 9. 3. 1918, 65 Jahre alt.
Kaver Schöffler, Rosenheim
Salinenarbeiter
† 8. 3. 1918, 48 Jahre alt.
Joh. Staudacher, Rosenheim
Salinenarbeiter
† 19. 3. 1918, 47 Jahre alt.
H. F. Weiske, Chemnitz
Straßenreiner
† 24. 2. 1918, 65 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

- D. Boschen, Bremen
am 6. März 1918 im Alter von
34 Jahren i. Lazarett gestorben.
Ed. Graminski, Bremen
am 5. Januar 1918 im Alter
von 43 Jahren gefallen.

- D. Morek, Bremen
am 25. November 1917 im
Alter von 36 Jahren gefallen.
Johann Neumann, Hamburg
am 13. Februar 1918 im
Alter von 42 Jahren gefallen

Ehre ihrem Andenken!